

Tagungsbericht Bürgerbeteiligung 2.0

Das Internet spielt in immer mehr Lebensbereichen eine wichtige Rolle und verändert unser Verhalten. So auch im öffentlichen Bereich und hier gerade bei der Bürgerbeteiligung. Der öffentliche Raum wird durch das Internet verflochtener, offener und entpersonalisierter. Das Web 2.0 bietet insbesondere für die politische Beteiligung besondere Chancen und schafft mehr Transparenz. Wie aber können Bürgerinnen und Bürger in der Praxis online einbezogen werden und dabei Politik und Verwaltung auf Augenhöhe begegnen? Wie kann das Netz das Gemeinwesen stärken und welche Instrumente von Open Government haben sich bereits kommunal bewährt?

Die Konferenz „Bürgerbeteiligung 2.0“, die am 5. Juni im Umweltforum Berlin stattfand, suchte mit ExpertInnen, PolitikerInnen und den TeilnehmerInnen nach gemeinsamen Antworten und diskutierte, wie Herausforderungen bewältigt werden können. Die Tagung, die von der Herbert Quandt-Stiftung, Körber-Stiftung und Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Landkreistag ausgerichtet wurde, war interaktiv angelegt. Während in der ersten Tageshälfte ExpertInnen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen über ihre Erfahrungen berichteten und diskutierten, konnten am Nachmittag die TeilnehmerInnen in Workshops sich selbst in die Debatte einbringen.

Zu Beginn der Tagung stand eine Einführung in das Thema durch Dieter Hackler (Abteilungsleiter des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Dr. Christof Eichler (Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung), Dr. Lothar Dittmer (Vorstand der Körber-Stiftung) sowie Hilmar von Lojewski (Beigeordneter im Deutschen Städtetag). Alle Podiumsteilnehmer betonten die Potentiale des Internet auch für die Mitgestaltung von BürgerInnen, insbesondere auf der kommunalen Ebene. Dr. Lothar Dittmer berichtete, dass das Netz die Stiftungsarbeit grundlegend verändert und insbesondere eine Europäisierung der Netzwerke ermöglicht hat. Das Podium war sich weitgehend einig darüber, dass dem Internet letztendlich nur eine komplementäre Funktion zukommen und es nicht die Begegnung ersetzen dürfe. Uneinigkeit herrschte u.a. über dem Einsatz von Bürger-Haushalten.

In seinem Impulsreferat für das erste Panel stellte Prof. Norbert Bolz (Technische Universität Berlin) drei Thesen auf:

- Das Internet fördert die Demokratie nicht wie erwartet.
- Transparenz hat seine Grenzen und kann von der Politik nicht in der gewünschten Form geleistet werden.
- Eine verstärkte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger beinhaltet ein großes Potential.

Die weiteren DiskussionsteilnehmerInnen, Aydan Özoğuz (MdB, SPD), Franz-Reinhard Habel (Deutscher Städte- und Gemeindebund) und Sophie Scholz (Socialbar Berlin) teilten seine Thesen nicht ganz. Franz-Reinhard Habel hob hervor, dass die Daten den BürgerInnen gehören. In diesem Punkt bedarf es allerdings eines Kulturwandels in der Verwaltung sowie einer Veränderung der Verwaltungsausbildung. Die Politik brauche allerdings geheime Räume, um etwa in der Außenpolitik gut arbeiten zu können, so Prof. Bolz. Die breite Forderung nach Transparenz sahen die Diskutierenden vor allem auf einem Vertrauensverlust in politische AkteurInnen und Institutionen begründet. Die Möglichkeiten des Internets befördern die Forderung nach Transparenz zusätzlich.

Durch das Internet schreitet eine Selbstorganisation der Zivilgesellschaft parallel zur Politik, aber auch zu Verbänden und Vereinen, voran. Aydan Özoğuz betonte, es müsse eine digitale Selbstständigkeit gefördert werden, die aber nicht zu einer Politisierung führen müsse. Internet und Digitalisierung müssen nicht die Lösung, können aber Mittel sein, um mehr Menschen zu beteiligen und für Politik zu interessieren. In diesem Zusammenhang wünschte sich Sophie Scholz mehr Mut in der Politik, offene Prozesse zuzulassen. Es herrsche eine Angst immer etwas Fertiges liefern zu müssen. Die Politik sollte aber öfter verdeutlichen: Dies ist ein Prozess, helft mit bei der Entwicklung!

Das zweite Panel „Mehr Engagement und intensivere Partizipation durchs Netz?“ leitete Gregor Hackmack (abgeordnetenwatch.de) ein mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie, Transparenz und einem personalisierten Wahlrecht. Thomas Heilmann (Senator für Justiz und Verbraucherschutz, CDU Berlin) ergänzte in einem zweiten Impulsvortrag, dass die Politikprozesse einer Entschleunigung bedürfen. Anschließend diskutierten Gregor Hackmack, Thomas Heilmann, Boris Palmer (Oberbürgermeister der Stadt Tübingen, Bündnis 90/Die Grünen), Constanze Kurz

(Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und ehrenamtliche Sprecherin des Chaos Computer Clubs) auf dem Podium. Während Gregor Hackmack für mehr Beteiligung der BürgerInnen und Transparenz der Politik durch das Netz plädierte, warnte Thomas Heilmann vor der Gefahr von Internet-Lobbyisten. Zudem bekräftigte er die Rolle der Abgeordneten als VertreterInnen des allgemeingültigen Wohls, im Gegensatz zu den BürgerInnen, die eher ihre Partikularinteressen vertreten würden.

In sieben Arbeitsgruppen wurden am Nachmittag unter anderem die bessere Teilhabe und Einbindung von Jugendlichen und MigrantInnen sowie über normative Fragestellungen diskutiert. Die Ergebnisse und Diskussionen der Arbeitsgruppen reichten schnell über das Internet hinaus. So fehle es etwa bei den MigrantInnenorganisationen noch an einem bundesweiten Dachverband, der die bereits bestehende Vernetzung im Internet ergänzt.

Die Diskussion über Möglichkeiten auf kommunaler Ebene in der Arbeitsgruppe 1 mit Dr. Kirsten Witte (Leiterin des Programms Kommunen und Regionen der Bertelsmann Stiftung) fokussierte auf drei Bereiche: Kultur, Bildung und Prozessgestaltung. Ein langfristiger Kulturwandel sei nötig, der wiederum Vorreiter braucht. Fortbildungen und kompetente Partner vor Ort im Bereich Beteiligung sind allerdings nur schwierig zu finden. Schließlich sind bei der Gestaltung von Beteiligungsprozessen viele Fragen zu klären – von der Zielgruppe bis zum Umgang mit dem Ergebnis.

Der nötige Kulturwandel war auch ein wichtiges Thema bei der Arbeitsgruppe 3 mit Sophie Scholz (Berliner Socialbar), die den Möglichkeiten der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement durch die Sozialen Medien nachging.

Die Arbeitsgruppe 2 zum Thema „Möglichkeiten und Benachteiligung in der Internetwelt“ unter der Leitung von Dr. Stefan Eisel (Projektbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung zu „Internet und Demokratie“) erinnerte an die beschränkte Reichweite des Internets und schlussfolgerte, dass schlechte Politik auch nicht durch das Internet besser werde. Sie formulierte als Ergebnis drei „Headlines“:

- Das Internet gibt die Möglichkeit, etwas zu tun – wenn ich es will.
- Politik kann nicht ohne das Internet, aber das Internet ohne Politik.
- Schlechte Politik wird durch das Internet nicht besser.

Die „Headlines“ der Arbeitsgruppe zum Thema Schwarmintelligenz von Claus Arndt (Leiter der Abteilung Zentrale Dienste/Internet der Stadt Moers) lauteten:

- Kommune macht den Schwarm intelligent.
- Der Schwarm macht die Kommune intelligent.
- Mit Fragen Brücken schlagen.

Für diese Arbeitsgruppe bedeutete Schwarmintelligenz vor allem, dass intelligente Ideen Weniger durch Viele weiterentwickelt werden. Voraussetzung hierfür sei aber etwa Transparenz, damit die Menschen qualifiziert mitdiskutieren können. Zugleich müsse auf die BürgerInnen aktiv zugegangen werden, statt einfach nur Informationen zu veröffentlichen – also intelligente Fragen sind zu stellen.

Die Arbeitsgruppe „Der Bürger im Netz – auf der Suche nach einem normativen Konzept“ von Dr. Nikolai Horn formulierte einen kategorischen Netzimperativ: „Handle im Netz nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie auch im Analogen gelten kann.“ Der Philosoph untersuchte bereits für die Herbert Quandt-Stiftung, mit welchen Maßstäben den gesellschaftlichen Veränderungen durch das Internet begegnet werden kann.¹

Schließlich setzte die Arbeitsgruppe 4 zum Thema „ePartizipation Jugendlicher“ ihre Diskussionsergebnisse sogleich in die Tat um: Statt den ModeratorInnen stellten zwei Jugendliche die Ergebnisse vor. Diese beinhalteten vor allem, eine Sprache zu verwenden, die auf die Zielgruppen eingeht und eine Herrschaftssprache (z.B. Fremdwörter) vermeidet. Wichtig sind zudem Möglichkeiten und Orte zum Mitgestaltens und sich selbst beteiligen können.

Martin Burwitz, Dipl.-Politologe, ist Mitarbeiter der BBE-Internetplattform

Kontakt: martin.burwitz@b-b-.de

Mareike Jung, M.A., ist Mitarbeiterin in der BBE-Newsletter-Redaktion

Kontakt: newsletter@b-b-e.de

¹ Die Studie kann hier als PDF heruntergeladen werden: http://www.herbert-quandt-stiftung.de/files/publikationen/gzz/gzz_25_nikolai_horn_der_buerger_im_netz.pdf